

Schwarzwaldbacht

Calwer Tagblatt Nationalsozial. Tageszeitung

Bezugspreis: Monatlich RM. 1.50 durch Träger.
Bei Postbezug zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreis: Die Kleinpaltige mm-Zeile 7 Pfg., Reklamezeile 15 Pfg. Bei Wiederholung Nachschlag. Erfüllungs-ort für beide Teile Calw. Für richtige Wiedergabe von durch Fernspruch aufgenommene Anzeigen keine Gewähr.

Verlag: Schwarzwaldbacht G. m. b. H. Calw. Haupt-
schriftleitung: Friedr. Hans Schaefer, Calw. Vertreter:
Hauptdruckerei: Rudolf Dangel, Freudenstadt. Anzeigen-
leiter: Georg Wurst, Kreisstr., Calw. Geschäftsstelle:
Altes Postamt, Fernsprecher 251. Schluß der Anzeigen-
annahme 7.30 Uhr vorm. Druck: A. Delschlä-
ger'sche Buchdruckerei, Calw. D. A. v. I. Nr.: 3580.

Alleiniges Amtsblatt für Stadt und Oberamtsbezirk Calw

Nr. 12

Calw, Dienstag, 16. Januar 1934

1. Jahrgang

Ein Jahr Arbeitschlacht

Von Fritz Reinhardt,

Staatssekretär im Reichsfinanzministerium

Die neueste Folge des „Arbeitertum“ veröffentlicht wie schon kurz berichtet, einen längeren Aufsatz dieses verdientvollen Wegbereiters nationalsozialistischer Finanzpolitik, dem wir die folgenden Abschnitte entnehmen. D. Schriftl.

Am 4. April 1933 trat ich mein Amt als Staatssekretär im Reichsfinanzministerium an. Ich tat das nicht, um lediglich die Geschäfte des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium zu übernehmen, sondern ich tat es in erster Linie, um nationalsozialistische Finanz- und Steuerpolitik, nationalsozialistische Arbeitsmarktpolitik und nationalsozialistische Bevölkerungspolitik einzuleiten. Ich war entschlossen, im Zusammenhang mit allen meinen Maßnahmen einen Generalangriff gegen die Arbeitslosigkeit einzuleiten und die Führung im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit zu übernehmen.

Das neue Deutschland steht im Zeichen der Arbeitschlacht. Die Finanz- und Steuerpolitik im neuen Deutschen Reich ist, solange es in Deutschland noch Arbeitslose gibt, in erster Linie auf Verminderung und schließlich auf Beseitigung der Arbeitslosigkeit abgestellt. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit ist die elementarste Voraussetzung für eine Gesundung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Dinge unseres Volkes. Eine tatsächliche Verminderung der Arbeitslosigkeit ist nur gegeben, wenn die Arbeitsgelegenheiten vermehrt werden und in Zusammenhang damit die Arbeitslosenziffer vermindert wird.

Im Parteien-Staat wurden unentwegt Gesetze und Verordnungen zur Erhöhung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, zur Einführung neuer Steuern und Abgaben und zur Senkung der Löhne und Gehälter erlassen, im Adolf-Hitler-Staat werden Gesetze zur Verminderung der Arbeitslosigkeit erlassen.

Alle unsere Gesetze sind darauf abgestellt, die Nachfrage nach Gütern und Leistungen und damit nach Arbeit zu erhöhen. Darüber, daß bei uns in Deutschland riesengroßer Bedarf vorhanden ist, der nach Deckung geradezu schreit, besteht kein Zweifel, es kommt nur darauf an, daß dieser Bedarf zu Nachfrage und die Nachfrage zu Arbeit führt.

Wenn Bedarf zu Nachfrage und zu Arbeit und von hier aus zu neuem Bedarf, zu neuer Nachfrage und zu neuer Arbeit führen und wenn so das Schwungrad der Wirtschaft in Bewegung kommen und in Bewegung bleiben soll, müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein: es müssen Wirtschaft und Volk zur Staatsführung Vertrauen haben, und der Staat muß, solange sich die Wirtschaft noch nicht in vollem Schwung befindet, durch geeignete Maßnahmen zur Deckung vorhandenen Bedarfs anregen. Diese beiden Voraussetzungen waren im Parteienstaat nicht gegeben, wohl aber sind sie im Adolf-Hitler-Staat gegeben. Das Vertrauen der Wirtschaft und des Volkes in allen seinen Schichten in die Staatsführung Adolf Hitlers ist vorhanden, und die ersten Maßnahmen zur Anregung von Bedarfsdeckung befinden sich in Durchführung.

Der Erfolg unserer Arbeit besteht darin, daß die Arbeitslosenziffer bereits zurückgegangen ist. Und es steht außer Frage, daß es uns gelingen wird, die Arbeitslosigkeit weiter durchgreifend zu senken und in wenigen Jahren so gut wie zu beseitigen.

Wir Nationalsozialisten sind geschworene Feinde jeder Bürokratie und aller formalen Hemmungen, die der Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit der Gesundung der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Dinge unseres Volkes entgegenstehen.

Die Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums haben zu durchgreifender Verminderung der Arbeitslosigkeit, zugleich aber auch zu wesentlicher Verbesserung der öffentlichen Finanzen geführt. Der Finanzbedarf der Arbeitslosenhilfe sinkt, und das Aufkommen an Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen bewegt sich nicht mehr bergab, sondern bergauf. Das Haushaltsjahr 1933 wird das erste wieder sein, in dem das Aufkom-

men an Steuern nicht mehr um Hunderte von Millionen unter dem Vorschlag zurückbleiben, sondern den Vorschlag erreichen, wahrscheinlich sogar übersteigen wird. Allein das Aufkommen an Umsatzsteuer wird um wahrscheinlich 250 Millionen Mark das Aufkommen des Vorjahres und um 100 Millionen Mark den Vorschlag übersteigen. Die Leute vor uns haben Steuern und Lasten erhöht und das Aufkommen ging zurück. Wir gewähren Steuervergünstigungen und das Aufkommen steigt. Im Haushaltsjahr 1933 werden in der deutschen Volkswirtschaft 12 bis 14 Milliarden Mark mehr umgelegt als im Haushaltsjahr 1932. Darin sind mindestens 5 Milliarden Mark Volkseinkommen und Kaufkraftsteigerung enthalten. Der Beweis für die Richtigkeit nationalsozialistischer Finanz- und Steuerpolitik ist erbracht.

Es steht außer Frage, daß die Umsätze in der deutschen Volkswirtschaft im Haushaltsjahr 1934 um weitere 12 bis 14 Milliarden Mark und somit das Volkseinkommen um weitere 6 Milliarden Mark steigen werden. Die Umsätze werden also im Haus-

haltsjahr 1934 um 24 bis 28 Milliarden und das Volkseinkommen wird um etwa 12 Milliarden Mark größer sein als im Haushaltsjahr 1932. Aus dieser voraussichtlichen Entwicklung der Umsätze und des Volkseinkommens ergibt sich, daß die Arbeitslosenziffer im Haushaltsjahr 1934 um weitere wahrscheinlich 2 Millionen sinken wird.

Wir Nationalsozialisten denken nicht daran, uns mit unserem bisherigen Erfolg im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit zu befriedigen. Was im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bisher geschehen ist, stellt nur den ersten Teilabschnitt im Rahmen eines großen Gesamtplans dar. Wir werden nicht ruhen und nicht rasten, solange es in Deutschland Arbeitslosigkeit gibt, die nicht auf natürliche Weise ihr Brot finden und somit der Dual der Arbeitslosigkeit und der Hilfsbedürftigkeit ausgeglichen ist. Wir haben durch großzügige Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, durch finanzpolitische und steuerpolitische Maßnahmen den Motor der Wirtschaft wieder in Gang gebracht und mehr als 2 Millionen Volksgenossen wieder in Arbeit gebracht, wir haben

die Voraussetzung für eine durchgreifende arbeitsmarktpolitische Umschichtung unserer deutschen Frauen geschaffen, wir erstreben eine organische Senkung der Kapitalzinsen und eine Senkung der auf der Produktion und auf dem Verbrauch ruhenden Steuerlast. Wir werden in allen Punkten unser Ziel erreichen, und der Sieg in unserem Kampf um die Verminderung und schließlich Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird uns gewiß sein, wenn alle Volksgenossen im Rahmen der gegebenen Richtlinien ihre Pflicht tun.

Der Führer hat die Voraussetzungen für den Wiederaufstieg unseres Volkes auf allen Gebieten geschaffen. Er hat den Weg vorgezeichnet, den wir gehen müssen, und die Richtlinien festgelegt, nach denen sich alle Maßnahmen und alles Tun und Lassen zu bestimmen haben. Die Richtlinien lassen sich zusammenfassen in den Begriff „Volksgemeinschaftsgeist“. Wenn alle Volksgenossen und Volksgemeinschaften, dem Geist wahrer Volksgemeinschaft huldigend, im Rahmen dieser Richtlinien ihre Pflicht tun, dann können wir der Zukunft frohen Muts und voller Zuversicht entgegentreten!

Goslar Sitz des Reichsnährstandes

Der „Generalstab des Bauerntums“ verläßt die Reichshauptstadt

Berlin, 15. Jan. Die Verlegung des Reichsnährstandes hinaus aus der Großstadt nach Goslar ist von größter praktischer und symbolischer Bedeutung. Die Führer des deutschen Bauerntums, an ihrer Spitze Minister Darré und Staatsrat Reinberg, haben immer wieder darauf hingewiesen, daß der „Generalstab des Bauerntums“ aufs Land gehöre, womit man auch die Abkehr von der liberalistischen Bauernpolitik unmissverständlich dokumentieren wolle. Man war nach diesem grundsätzlichen Entschluß, im Sommer 1933 den Reichsnährstand aus der Reichshauptstadt herauszunehmen, sich auch darüber im klaren, daß nur eine kleinere Stadt im Herzen des alten Deutschen Reiches der sächsischen Kaiserzeit in Frage kommen könne. Die Wahl ist auf Goslar gefallen, — selbst Braunschweig erschien schon zu groß — der Stadt, von der einst mit die stärksten Antriebe zur Kolonisation und Besiedlung

des deutschen Ostens ausgegangen sind. Diese Tatsache betont man heute sehr gerne, denn die nationalsozialistische Bauernpolitik hat sich als eines ihrer wichtigsten Ziele die Stärkung und Befestigung des deutschen Bauerntums im Osten des Reiches gesetzt.

Wenn die Ueberföhlung des Reichsnährstandes nach Goslar vorgenommen wird, steht zur Zeit noch nicht fest. Wir hören, daß für den sehr umfangreichen Organismus keinerlei geeignete Räume in Goslar zur Verfügung stehen, so daß neue Gebäude errichtet werden müssen.

Sechs ehrlösen Bauern der Hof aberkannt

Der Landesbauernführer v. Abeden-Hannover hat in einem Vortrage davon Mitteilung gemacht, daß sechs Bauern der Provinz Hannover wegen Ehrlosigkeit die Bauern-tätigkeit aberkannt worden ist. Ihnen wurde

das Verfügungsrecht über ihren Hof entzogen und zum Teil ihren Kindern übertragen.

Vom Bundesadler zum Hakenkreuz

Berlin, 15. Jan. Reichsbauernführer R. Walter Darré hat folgende Anordnung an sämtliche Gliederungen des Reichsnährstandes erlassen:

Nachdem nunmehr die Einigung des deutschen Landvolkes im Reichsnährstand Tatsache geworden ist, ordne ich als Ausdruck dieser Tatsache und zum Zeichen unserer Verbundenheit mit der Bewegung Adolf Hitlers als desjenigen Mannes, dem das Landvolk seine endliche Einigung und wirtschaftliche Freiheit verdankt, an:

Soweit in den Untergliederungen des Reichsnährstandes Fahnen oder fahnenähnliche Symbole gewinnlich werden, dürfen diese nur die Fahnen der deutschen Freiheitsbewegung, das Hakenkreuzbanner der NSDAP, sein. Als äußeres Zeichen der Zugehörigkeit zum Reichsnährstand erhalten diese Fahnen die Fahnen-spitze des Reichsnährstandes. Damit wird das öffentliche Zeigen von anderen Fahnen oder Symbolen von Seiten der Untergliederung des Reichsnährstandes mit Wirkung vom 14. Jan. 1934 verboten. Die alten Fahnen und Symbole der jetzt aufgelösten oder eingegliederten Verbände, ebenso wie die Kampffeldzeichen der Bauernerhebung bis zum Jahre 1933 werden vom Landesbauernführer in eine hierfür zu bestimmende und einzurichtende Ehrenhalle überführt.

Siedlungsplan für den Aachener Steinkohlenbezirk

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, unternahm am Montag eine Besichtigungsfahrt ins Aachener Grenzland. In Aachen erklärte Staatsrat Dr. Ley u. a., er sei gekommen, um einen Plan zu besprechen, zu dem der Führer ihm besonderen Auftrag gegeben habe, und zwar die Siedlung im Aachener Kohlengebiet. Wer hier helfen wolle, dürfe nicht in Zeit oder Geld denken. Wir wollen, so sagte er, daran denken, daß wir unserer Nachwelt kein Fickwerk zurücklassen. Wir werden dabei unterstützt durch die überraschende Feststellung, daß Pläne von der Größe, wie wir sie hier vorhaben, nicht zuerst Angelegenheiten der Finanzen, sondern Angelegenheiten des Vertrauens sind. Wir wollen im Aachener Revier eine Landschaft schaffen, Städte und Dörfer bauen, in denen die Menschen sich wohlfühlen. Wir wissen, es ist nicht wahr, daß das Herz einer Nation im Innern liegt, es liegt an der Grenze. Hier muß das Leben pulsen. Ein Volk, das sich durch Jahrtausende hindurch behaupten will, muß seine arbeitsgen Erenaten an die Grenze legen.

Die Saarfrage als Röder

Frankreich beantragt die Einladung Deutschlands nach Genf

DNB. Genf, 16. Jan. Unter dem Vorsitz des polnischen Außenministers Beck und in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Eden und des italienischen Rabinettchefs Aloisi trat am Montagvormittag der Völkerbundsrat zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der der Vertreter Frankreichs, Ruffigli, überraschend den Antrag einbrachte, die Reichsregierung telegraphisch einzuladen, sich an den Vorbereitungen für die Saarabstimmung zu beteiligen. Ruffigli bezeichnete es als ein Gebot der Loyalität, Deutschland als dem neben Frankreich an der Saarfrage meist interessierten Staat Gelegenheit zu geben, schon bei der Klärung der Vorklagen für die Saarabstimmung mitzuwirken. Gleichzeitig schlug Ruffigli vor, die Ratstagung, die sich mit den Vorbereitungen für die Saarabstimmung befassen soll, auf Ende dieser Woche zu verlegen, um Deutschland zu ermöglichen, sich zu dieser Aufforderung zu äußern. Ruffigli's Vorschlag ist einstimmig angenommen worden.

Wie in unterrichteten Völkerbundskreisen verlautet, hat man das Wie einer etwaigen Beteiligung Deutschlands vollkommen offen gelassen. Natürlich geht aus diesem Beschluß auch die Verlegenheit des Völkerbundsrates hervor, der sich bewußt ist, daß die Lösung der Saarfrage ohne Mitwirkung Deutschlands ganz unberechenbare Schwierigkeiten bieten muß.

Einstimmige Ablehnung des Genfer Vorkommens
Die Berliner Presse lehnt einstimmig die

Aufforderung des Völkerbundsrates ab, an der Saarberatung in Genf teilzunehmen. Die Blätter geben übereinstimmend der Ansicht Ausdruck, daß die Reichsregierung die Genfer Einladung ablehnend beantwortet wird. Der „Völkische Beobachter“ sagt, Deutschland hat keinen Anlaß, durch einen Präzedenzfall der gegnerischen Propaganda das Argument in die Hand zu spielen, daß wir unseren Schritt vom 14. Oktober vorigen Jahres bedauern. Er war notwendig und folgerichtig. Genf ist eine Institution des Versailles Diktates, und bittere Erfahrungen haben bewiesen, daß dort keine Politik getrieben wird, die dem Frieden, der Ehre und der Gleichberechtigung entspricht. Das Genfer Rumpfparlament hat aber jetzt die beste Gelegenheit zu beweisen, daß die Herren gewillt sind, loyal, sauber und anständig eine Sache zur Erledigung zu bringen, von der die ganze Welt weiß, daß die Entscheidung hundertprozentig zugunsten Deutschlands ausfallen wird.

Die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet die Genfer Einladung als französischen Röder. Deutschland sei weder in der Lage, einen der Saar nachteiligen Ratsbeschluß durch Stimmenthaltung zu sanktionieren, noch auch den in Genf vertretenen Mächten mit einem Nein die Möglichkeit zu geben, sich später hinter diesem Nein zu verstecken und zu sagen: Deutschland habe ja das Zustandekommen eines Saarbeschlusses verhindert, da alle Ratsbeschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen.

Witwe opfert für das Winterhilfswerk ihr Blut

Berlin, 15. Jan. Wenn das Winterhilfswerk immer wieder zu neuen Opfern mahnt, dann sagt wohl mancher, er habe schon genug getan. Und dennoch stehen uns noch viele lange Winterwochen bevor, in denen viele Millionen von Bedürftigen versorgt werden müssen. Diejenigen, die glauben, schon genug getan zu haben, mögen sich ein Beispiel nehmen an einer armen Witwe, über die ein Blockwart des Winterhilfswerks berichtet.

Aus Unkenntnis hatte er versehentlich bei den ersten Sammlungen auch bei ihr geläutet. Sie klagte ihm ihr Leid, da sie selber schon von anderen Seiten unterstützt wurde und nur eine geringe Rente bezog. Dennoch ließ sie den Helfer nicht weitergehen, ohne ihm als Opfer ein Geldstück und einige Kleidungsstücke zu geben. Außerdem hat sie sich daraufhin bei Krankenhäusern als Blutspenderin gemeldet, um auf diese Weise Geld zu verdienen. Diese Einnahmen gibt sie dem Winterhilfswerk, da sie sonst kein Bargeld besitzt. Das ist wahrer Opfergeist!

Einfuhrkontingentierung französischer Waren

Im Reichsgesetzblatt wird eine Verordnung der Reichsregierung veröffentlicht, durch die eine Anzahl französischer Waren der Einfuhrkontingentierung unterworfen wird. Zu dieser Maßnahme kam es durch die Ankündigung einer neuen Methode der Einfuhrkontingentierung für Anfang 1934 durch die französische Regierung. Durch die deutschen Kontingentierungen wird die französische Ausfuhr nach Deutschland um 160 Mill. Franken eingeschränkt. Die Einfuhrkontingente betreffen in der Hauptsache frühe Blumen, Wein, gewisse Parfümerien, Thomas-Phosphatmehl, Seide, Textilien und Lederwaren.

Saarpfarristen am Werk!

Saarbrücken, 15. Januar

Je näher die Behandlung der Saarfrage im Völkerratsrat heranrückt, um so enger wird das Treiben der saarländisch-separatistischen und autonomistischen Kreise. Während die deutsche Bevölkerung durch ihre Vertretung, die „Deutsche Front“, ihren Willen in Genf kundgab, haben die Gegner des deutschen Gedankens allein drei Denkschriften verschiedener Gruppen und Kreise nach Genf geschickt, ohne auch nur den geringsten Bruchteil der Bevölkerung hinter sich zu haben.

Besonders auffallend ist die Tätigkeit des bekannten Separatisten und Führers der Sozialdemokraten im Saargebiet, Maß Braun. Wie die saardeutsche Presse mehrfach meldete, hat Braun in den letzten Wochen, sowohl in Genf als in Paris und London, Vorstöße im Sinne des separatistischen Gedankens unternommen. Ueber die Absicht der Marxisten und Separatisten, konnten nach verschiedenen Äußerungen Brauns in Erfahrung gebracht werden, daß diese Absicht eine doppelte ist: Einmal wollen sie in Genf erreichen, daß die Saarabstimmung, die nach dem Versailler Vertrag spätestens im Januar 1935 erfolgen muß, auf mehrere Jahre verschoben wird. Zum anderen sollen verschiedene Mitglieder der Saarregierung, die mit den Marxisten und Separatisten nicht aktiv genug gegen die deutsche Saarbevölkerung vorgehen, entfernt werden. An deren Stelle soll in erster Linie der marxistische Jude und Rechtsanwalt Dr. Sender aus Saarbrücken treten. Sender hat schon in mehreren marxistischen Kundgebungen, die bekanntlich im Gegensatz zu den deutschen Veranstaltungen von der Saarregierung erlaubt sind, zum Ausdruck gebracht, wie er die saarländische Justizverwaltung gegen die deutschgesinnte Bevölkerung aufzubauen gedenke.

Es ist unglücklich, daß einige wenige Verbrecher das Schicksal eines Volkes von 800 000 Menschen auch nur im geringsten beeinflussen. Sind doch die meisten dieser Dummköpfe, wie vor allem auch Maß Braun, nicht einmal geborene Saarländer und abstimmberechtigt.

Arbeitslose besetzen ein Rathaus

Bedenkliche Zunahme der Arbeitslosenunruhen in Frankreich

Paris, 15. Jan. Arbeitslose Flußschiffer von Longueil-Annel bei Compiègne, haben das dortige Rathaus besetzt. Der Bürgermeister der Ortschaft hat es bisher abgelehnt, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, zumal sich die Arbeitslosen ruhig verhalten. Auf seine Anordnung hin wurde ihnen Brennholz zur Verfügung gestellt, damit sie die von ihnen eingenommenen Räume im Rathaus heizen können. Der Wortführer der Arbeitslosen erklärte, daß er und seine Kollegen das Rathaus nicht verlassen werden, bevor sie nicht Genußnahme erhalten haben. Die Ortschaft Longueil-Annel zählt nur 1200 Einwohner. Die Forderungen der Arbeitslosen auf Unterstützung machen eine Mehrausgabe von 10 000 Franken im Jahre nötig.

Unfruchtbarmachung oder Entmannung

Dr. Stähle, der bekannte nationalsozialistische Arzt schreibt uns zu dem die Öffentlichkeit außerordentlich interessierenden Thema „Unfruchtbarmachung und Entmannung“:

Leider werden diese beiden Begriffe im Kopf des Laien immer wieder durcheinandergeworfen. Man kann gar nicht scharf genug immer und immer wieder betonen, daß Unfruchtbarmachung und Entmannung zwei ganz verschiedene Dinge sind. Entmannung wird entweder freiwillig oder auf Spruch des Gerichts bei rückfälligen Sittlichkeitsverbrechen durchgeführt, jenen Scheusalen, deren ganze Verkommenheit vor Gericht meist nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu Tage tritt. Hoffentlich wird in Zukunft die Entmannung auch für Rassehändler vollstreckbar erklärt werden.

Etwas ganz anderes ist die Unfruchtbarmachung, die das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bei erbkranken Menschen vorseht. Die Unfruchtbarmachung (Sterilisation) geschieht dadurch, daß die Ausführungsgänge der Geschlechtsdrüsen operativ unterbunden werden. Der einzelne Operierte wird durch diese Operation in einer persönlichen Empfindungs- und Erlebnisfähigkeit, in seinem Geschlechtsleben überhaupt nicht verändert, es wird lediglich verhindert, daß er sich fortpflanzen und sein eige-

nes Leid vervielfacht in der Zukunft tragen kann. Die Operation selbst ist vollkommen ungefährlich, beim Mann nicht schlimmer als das Schneiden der Fingernägel. In Kalifornien und Nordamerika sind bereits über 12 000 freiwillige Sterilisationen vorgenommen worden und nicht ein einziger Fall, der irgendwelche schädliche Folgen gehabt hätte, ist bekannt geworden. Die Operation, die den Mann unfruchtbar macht, ist im Grunde nichts anderes, als der gleiche Eingriff, den zahlreiche alternde Männer bisher schon zum Zwecke der Verjüngung bei sich haben vornehmen lassen. Im übrigen wird die Sterilisation beim Vorliegen von ganz bestimmten, vom Gesetz genau umschriebenen acht Gruppen schwerer Erbkrankheiten vorgenommen und nur nach peinlich gewissenhafter Entscheidung des Erbgesundheitsgerichtes. Der Eingriff selbst darf wiederum nur an ganz bestimmten, für diesen Zweck besonders eingerichteten Krankenanstalten vorgenommen werden.

Es besteht also keinerlei Anlaß zu irgend welcher Beunruhigung der Bevölkerung, es ist aber auch notwendig, daß Klarheit über das Gesetz und seine Absichten besteht, und es kann deshalb nicht dringender genug geraten werden, die in der nächsten Zeit von den Ortsgruppen der NSDAP. im ganzen Land und in Württemberg veranstalteten Aufklärungsvorträge über Rassenpflege und Bevölkerungspolitik zu besuchen.

Graf Luckners Biermattschoner wieder daheim



Graf Luckners „Mopelia“, der frühere deutsche Biermattschoner „Waterland“, der seit über sieben Jahren im Ausland eine Reihe von Propagandaschiffen für Deutschland gemacht hat, ist jetzt nach der Heimat zurückgekehrt und wurde in Bremerhaven feierlich eingeholt. Unser Bild zeigt die Einholung des

Schiffes, das unter der Führung von Kapitän Lauterbach, dem früheren Emden-Kapitän, steht. Oben links ein Ausschnitt aus der Begrüßungsszene. Von links nach rechts: Kapitän Lauterbach, Gräfin und Graf Luckner.

Lord Rothermere für britischen Faschismus

London, 15. Jan. Lord Rothermere, der schon häufig mit Bewunderung über Faschismus und Nationalsozialismus geschrieben hat, ruft in einem Aufsatz die ungefähr 1 1/4 Millionen zählenden Leser seiner „Daily Mail“ zur Unterstützung des britischen Faschismus als der Partei der britischen Jugend auf.

Unter der Überschrift „Hurra für die Schwarzhemden“ sagt er, die faschistische Bewegung sei keine Eigentümlichkeit einer bestimmten Nation, sie sei in jedem Lande das Zeichen der jüngeren Generation, die veraltete politische Systeme mit neuem Leben erfüllen wolle. Die todersten Probleme der Gegenwart erforderten die Tatkraft und den Schwung jüngerer Männer. Die Schwarzhemdenbewegung wolle das Monopol der greisenhaften Politiker brechen, die im Begriffe seien, durch ihre Schlappheit Indien und Ceylon für das Britische Reich ebenso zu verlieren, wie sie bereits Irland verloren hätten. Daß die Nation diese Bewegung als notwendig erkenne, zeige der erstaunliche Fortschritt, den die Schwarzhemdenbewegung besonders in großen Industriebezirken mache. Italien und Deutschland seien ganz unzweifelhaft die bestregierten Nationen im heutigen Europa, in keinem anderen Lande empfinde das Volk solches Vertrauen und solchen Stolz gegenüber seinen Beherrschern. Darum: Hurra für die Schwarzhemden! Hunderttausende junger britischer Männer und Frauen würden sich freuen, wenn auch ihr Land diesen Geist vaterländischen Stolzes und Siegeswillens entwickelte, der Deutschland und Italien gewandelt hat.

Erdbeben in Indien

Weite Teile Indiens wurden gestern von einem schweren Erdbeben betroffen, das ungeheure Verheerungen besonders in Ostindien



Heute mittag 3 Uhr und abends 8.20 Uhr findet im Bad Hof eine letzte Aufführung von „S.A. Mann Brand“ statt. Jeder deutsche Volksgenosse muß diesen Film gesehen haben. W u r f e r, Kreisleiter.

Ich bin ab heute mehrere Wochen auf Geschäftsreise. Die Leitung der Ortsgruppe übernimmt bis zu meiner Rückkehr mein Stellvertreter Pg. Burt. W i d m a i e r, Ortsgruppenleiter.

Beschlagnahme des gemünzten Goldes in USA.

Roosevelts Finanzpläne

Washington, 15. Jan. Präsident Roosevelt und Finanzminister Morgenthau verhandelten am Sonntag abend zwei Stunden lang mit den demokratischen und republikanischen Mitgliedern der Ausschüsse für Bank- und Währungsfragen. Gegenstand dieser Beratungen war die Ueberführung des sämtlichen in der Union befindlichen gemünzten Goldes in das Eigentum der Bundeskasse und die Umwertung des Goldgehalts des Dollars. Präsident Roosevelt wird dem Kongress eine Botschaft vorlegen, die sich mit diesen beiden Fragen eingehend befaßt.

Kurze Tageschau

Wieder mußte ein katholischer Geistlicher festgenommen werden

Frankfurt a. M., 15. Jan. Wie die „Katholische Landeszeitung“ meldet, ist der Geistliche Rat Defan Heimstadt in Lorich wegen verletzender Äußerungen gegenüber Staatsorganen vom Staatspolizeiamt in Haft genommen und in das Gefängnis nach Darmstadt gebracht worden. Zugsjahresanstoß bei Paris

Paris, 15. Jan. Ein elektrischer Vorortzug, der zwischen Paris und St. Germain in den Pendelverkehr verfiel, fuhr in der Nacht bei Becon auf einen durch rotes Schlußlicht gekennzeichneten haltenden Zug auf. 8 Personen wurden leicht verletzt.

600 000 Floth Gewinn aus 1200 Ehescheidungen

Warschau, 15. Jan. Ueber das Strafverfahren gegen das orthodoxe Konsistorium werden jetzt weitere Einzelheiten bekannt. Darnach sind seit dem Jahre 1931 etwa 1200 Ehescheidungen widerrechtlich ausgesprochen worden, die eine Gesamteinnahme von 600 000 Floth eingebracht haben.

Fünf orthodoxe Bischöfe sollen in die Scheidungsangelegenheit verwickelt sein. Nach den polnischen Strafgesetzen droht ihnen eine Strafe bis zu 10 Jahren Gefängnis.

Schweres Erdbeben

Hamburg, 15. Jan. Am Montag morgen wurde von den Apparaten der Hauptstation für Erdbebenforschung ein schweres Erdbeben aus rund 6800 Kilometer Entfernung registriert. Die Aufzeichnung begann um 9.53.39 Uhr MEZ. In Hamburg wurden vorübergehende langsame Schwingungen des Bodens von 30 bis 35 Sek. Dauer und mehr als 7 Millimeter Schwingungswerte festgestellt.

Sportflugzeug verunglückt

Berlin, 15. Jan. Am Sonntag, dem 14. Jan., nachmittags gegen 15 Uhr, verunglückte das Sportflugzeug „D 2834“, das sich auf einem Flug von Frankfurt kommend befand, in der Gegend von Miltenberg, 50 Kilometer westlich Würzburg. Wahrscheinlich infolge eines Bedienungsfehlers stürzte das Flugzeug aus einer Höhe von 200 Meter ab. Der Führer und gleichzeitig Halter des Flugzeuges Heinz Albert wurde schwer verletzt; sein Begleiter Ferdinand Lechler kam bei dem Unfall ums Leben.

Der Brand des Leipziger Sendeturms

Keine Störung des Sendebetriebs

Leipzig, 15. Jan. Die Entstehungsurache des Brandes am Leipziger Sendeturm konnte immer noch nicht genau festgestellt werden. Der Ausbruch des Brandes kam insofern überraschend, als der Sendeturm aus sehr schwer brennbarem und gegen Feuergefahr noch besonders imprägniertem Holz errichtet wurde.

Die bisherigen Feststellungen über den Brand am Leipziger Sendeturm haben folgendes ergeben: An dem Blitzableiterseil, das an einem der vier Stäbe des Turms herabgeführt ist, sind in der Nähe einer in das Blitzableiterseil eingeschalteten Hochfrequenzdrossel Sprüherseimungen aufgetreten, die den benachbarten Teil des Holzpfählers zum Glimmen brachten.

Die Reparatur wird etwa 14 Tage in Anspruch nehmen, man hofft, die Wiederherstellungsarbeiten ohne Störung des Sendebetriebs durchführen zu können.

